

**REDE DES VIZEMINISTERS FÜR MULTILATERALE ANGELEGENHEITEN UND
MENSCHENRECHTE, BOT. MIGUEL RUIZ CABAÑAS**
34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates
2. März 2017

Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Es ist mir eine Ehre, vor diesem Rat zu sprechen, der ein Grundpfeiler des internationalen Systems zum Schutz der Menschenrechte ist.

Dieses System, in jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit aufgebaut, gründet auf der festen Überzeugung, dass die multilateralen Institutionen ein wichtiges Instrument zur Sicherstellung und Förderung der Prinzipien und Werte der Gründungsdokumente der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darstellen.

Daher ist es Besorgnis erregend, dass heute Meinungen geäußert werden, welche die Grundlagen unserer hart erarbeiteten internationalen Institutionen in Frage stellen und die universellen Prinzipien und die zum Schutz derselben eingegangenen Verpflichtungen ignorieren oder verdrehen.

Die Menschenrechte sind universell, voneinander abhängig und miteinander verknüpft. Man kann nicht einige davon verteidigen und andere ignorieren oder nur für einige Menschen anwenden und sie den anderen verweigern.

In dieser Hinsicht müssen wir die Auswirkungen von Äußerungen und Handlungen der politischen, religiösen und gesellschaftlichen Meinungsmacher ernsthaft beurteilen. Personen der Öffentlichkeit haben die zentrale Verantwortung, dass ihre Worte und Taten Toleranz, Respekt und Friedenskultur fördern.

Die gemeinsam aufgestellten internationalen Standards zeigen eindeutig, dass wir verpflichtet sind, die Menschenrechte zu verteidigen und die Einbeziehung aller Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität oder anderen Eigenschaften, zu fördern.

Deshalb müssen wir den populistischen Ultrationalismus verurteilen, der sich, als politisches Instrument ausgeübt, auf die pluralistischen Demokratien auswirkt und die Freiheiten und Grundrechte aller Menschen stark beeinträchtigt.

Ebenfalls darf die internationale Gemeinschaft keine regressiven, einseitigen Maßnahmen akzeptieren und muss sich dafür einsetzen, dass der Mensch immer im Mittelpunkt von Politik und Regelungen steht.

In diesem Sinne teilt Mexiko die tiefe Besorgnis von verschiedenen internationalen Mechanismen über die schutzlose Lage von Migrantinnen und Migranten, die sehr oft Gegenstand von Maßnahmen sind, welche ihre grundlegendsten Menschenrechte und Integrität unter dem Vorwand des Sicherheitsschutzes untergraben. Lassen wir uns nicht täuschen: Hinter diesem Diskurs verbergen sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Ich möchte betonen, dass schlecht geplante Sicherheitsmaßnahmen nicht nur die Bewegungsfreiheit behindern, sondern auch Risiken und Schutzlosigkeit von Migranten fördern und deren Leben gefährden. Das sind sowohl vom moralischen als auch vom praktischen Standpunkt aus gesehen falsche Schritte, weil sie hohe soziale Kosten mit sich bringen.

In diesem Sinne möchte ich daran erinnern, dass die Staaten weiterhin dazu verpflichtet sind, sicherzustellen, dass ihre Politik, einschließlich ihrer Maßnahmen zum Sicherheitsschutz, vollständig dem internationalen Recht entsprechen -insbesondere den internationalen Menschenrechten, dem humanitären Völkerrecht und den Flüchtlingsrechten.

Es handelt sich hier um Grundwerte der Menschheit, die wir, wie der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte kürzlich sagte, unermüdlich verteidigen müssen.

Die Generalisierung von Sicherheitsmaßnahmen gegen eine spezifische Bevölkerungsgruppe oder die Kriminalisierung bestimmter Gruppen widersprechen der Rechtsstaatlichkeit, verletzen die ordnungsgemäße Verfahrensweise und stellen eine grobe Form der Diskriminierung dar.

Die generalisierte Stigmatisierung oder Kriminalisierung bestimmter Volksgruppen steht im Gegensatz zur angeborenen Würde des Menschen. Erinnern wir uns daran, dass die internationalen Menschenrechtsstandards und die Bekämpfung von Diskriminierung und Stigmatisierung aufgrund der großen Tragödien des 20. Jahrhunderts entstanden sind, genau aus dem Grund, zu vermeiden, dass diese sich wiederholen.

Daher bekräftigt die Regierung von Mexiko ihr Engagement für die Verteidigung unserer Landsleute im Ausland. Ich wiederhole vor diesem Forum die bereits von meiner Regierung zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, dass wir zu diesem Zweck alle rechtlich möglichen Mittel einsetzen werden.

Als ersten Schritt haben wir eine beispiellose Informationsarbeit geleistet, damit alle Mexikanerinnen und Mexikaner ihre Rechte kennen und wissen, wie sie im Fall einer möglichen Verletzung ihrer Rechte und Würde reagieren müssen.

Als zweiten Schritt werden wir uns an die zuständigen multilateralen und gesetzgebenden Instanzen wenden, um den Schutz von Migranten aktiv zu fördern und sowohl einzelne als auch kollektive Fälle zu überprüfen.

Ich wiederhole außerdem die Überzeugung Mexikos, dass Mauern zwischen Ländern auch Mauern zwischen Völkern darstellen und Extremismus und Intoleranz durch physische und ideologische Barrieren verkörpern, was wir unter keinen Umständen akzeptieren werden.

Mexiko wird sich weiterhin für die Achtung und den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger in den Vereinigten Staaten einsetzen, aber wir werden uns auch nach wie vor bemühen, sicherzustellen, dass die Rechte anderer Nationalitäten in Mexiko vorbehaltlos eingehalten werden.

Herr Vorsitzender!

Mexiko vertraut auf den Multilateralismus als ideale Weg der Förderung globaler Initiativen für das Gemeinwohl.

Dementsprechend hat die mexikanische Regierung letzte Woche ein Übereinkommen mit dem UNHCHR-Büro unterzeichnet, damit es seine Tätigkeiten in unserem Land fortsetzt.

Dieses Übereinkommen ist zweifellos wichtig für die nationale Menschenrechtspolitik. Es bestätigt des Weiteren unsere Zusammenarbeit und Offenheit gegenüber den internationalen Menschenrechtsmechanismen.

Daher sind wir überzeugt, dass dieser Rat ein zentrales Forum für den Dialog und die Überwachung der weltweiten Lage der Menschenrechte darstellt und der ideale Ort ist, um fortschrittliche internationale Standards auf diesem Gebiet voranzutreiben.

Wie vom Generalsekretär in seiner Rede erwähnt, spielt der UNO-Menschenrechtsrat eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der vorherrschenden, ungünstigen Stimmung der Gleichgültigkeit und Intoleranz.

Als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ist es unsere Pflicht, Kapital aus der geleisteten Arbeit zu schlagen und nicht die in dieses Projekt für die Menschheit investierte Zeit und Mühe zu vergeuden.

Angesichts dieses Engagements hat sich Mexiko für einen neuerlichen Sitz im Menschenrechtsrates für den Zeitraum 2018-2020 beworben. Unsere Kandidatur basiert auf der festen Überzeugung, unseren internationalen Rahmen für den Schutz der Menschenrechte zu bewahren und zu stärken, und die existierenden Standards sowohl national als auch international umzusetzen.

Schlussendlich möchte ich wiederholen, dass Mexiko die Arbeit dieses Rates und seiner Mechanismen weiterhin uneingeschränkt unterstützen wird, weil sie die geeigneten Mittel darstellen, um dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte in der ganzen Welt ohne Einschränkungen gefördert und eingehalten werden, insbesondere zum Schutz der schwächsten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen, natürlich immer unter Beachtung eines Gender-Ansatzes.

Vielen Dank!